Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 26 082
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Andreas Statzkowski (CDU)

vom 08. Januar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Januar 2021)

zum Thema:
Rettungsschirm Sport und die Situation der Reitvereine

und **Antwort** vom 18. Januar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Jan. 2021)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Herrn Abgeordneten Andreas Statzkowski (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/26 082
vom 08. Januar 2021
über Rettungsschirm Sport und die Situation der Reitvereine

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Informationen hat der Senat von Berlin zur finanziellen Situation der Berliner Reitvereine?

Zu 1.:
Aufgrund der Autonomie des Sports liegen dem Senat keine Informationen zu finanziellen Angelegenheiten der Berliner Sportvereine vor.

2. Inwieweit treffen Informationen zu, dass ein maximaler finanzieller Ausgleich von maximal 100 € pro Mitglied gewährt werden kann?

Zu 2.:
Es ist zutreffend, dass der Rettungsschirm für Sportvereine und –verbände grundsätzlich einen Betrag von 100 € pro Vereinsmitglied als maximalen Entschädigungsbetrag gezahlt wird.

3. Inwieweit treffen Informationen zu, dass ein Reitverein vor dem finanziellen Ruin stehen muss, um einen Zuschuss zu bekommen, der dann die monatlichen pandemiebedingten finanziellen Defizite des Vereins bei weitem nicht abdeckt?

Zu 3.:
Die dargestellte Auslegung ist anhand der Regelungen des Rettungsschirms weder zutreffend, noch liegen dem Senat oder dem den Rettungsschirm umsetzenden Landessportbund Berlin e. V. (LSB) entsprechende Informationen vor.

4. Wie beurteilt der Berliner Senat die Tatsache, dass Reitvereinen keine andere Möglichkeit gegeben wäre, ihre Pferde zu verkaufen, um die pandemiebedingten monatlichen Defizite auszugleichen und eine Insolvenz zu vermeiden?

Zu 4.:
Die dargestellte Tatsache sieht der Senat nicht als gegeben an. Aus dem Rettungsschirm werden im Durchschnitt 33% der Gesamtschäden ausgeglichen. Es ist kein Reitverein bekannt, der die Maximalgrenze von 100,00 € je Mitglied erreicht hat oder überschritten hätte. Der LSB hat auch keine Hinweise, dass ein förderungswürdiger Berliner Reitverein entsprechende Verkäufe beabsichtigt.

Der Rettungsschirm, über den die finanziellen Belastungen der Sportvereine abgefragt und anteilig abgemildert werden, hat das Ziel, die Sportvereine zu unterstützen, damit sie ihre

sportlichen und gesellschaftlichen Aufgaben auch in Zukunft wahrnehmen können. Eine gegenteilige Zielerreichung ist nicht bekannt. Im drohenden Insolvenzfall wird empfohlen, Kontakt mit dem LSB aufzunehmen, der ggf. bei der Problemlösung helfen kann.

5. Inwieweit teilt der Berliner Senat meine Auffassung, dass es nicht im Sinne des Rettungsschirms Sport sein kann, das finanzielle Überleben an den Verkauf der Pferde zu koppeln?

Zu 5.:
Eine entsprechende Koppelung ist nicht gegeben.

6. Welche Möglichkeiten sieht der Berliner Senat, die Rahmenbedingungen des Rettungsschirms Sport in Absprache mit dem Landessportbund Berlin für Reitvereine so anzupassen, dass deren finanzielles Überleben mit ihren Pferden ermöglicht werden kann?

Zu 6.:
Der Senat geht davon aus, dass aufgrund der Fortdauer der pandemiebedingten Einschränkungen in 2021 und auch erwarteter Vereinsaustritte zum Jahreswechsel eine Fortführung des Rettungsschirms in 2021 erforderlich ist. In enger Abstimmung können dabei ggf. Anpassungen, die sich aus der bisherigen Umsetzung des Rettungsschirm als erforderlich abgezeichnet haben, berücksichtigt werden. Ob dabei besondere Belange der Reitvereine betroffen sind, wird sich erst im Rahmen der Abstimmungen ergeben.

Berlin, den 18. Januar 2021

In Vertretung

Aleksander Dzembritzki
Senatsverwaltung für Inneres und Sport